

Stahlindustrie & Emissionshandel

Die verheimlichten 763 Mio. Euro Gewinn

Spätestens seit dem VW-Abgas-Skandal wissen wir, wie Konzerne in Umweltfragen manipulieren und feilschen. So verschweigen die Stahlindustriellen die 763 Mio. Euro Zusatzgewinne, die sie von 2005 bis 2012 durch den EU-Emissionshandel gemacht haben. Wie immer man zum Emissionshandel steht – man sollte sich nicht einseitig bei der Stahlindustrie informieren.



Stahlindustrie & Emissionshandel

Die verheimlichten 763 Mio. Euro Gewinn

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet



© März 2016

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

Anhang

4.1 Quellen

Corporate Europe Observatory/Capturing Cop 21, Cooking the planet. Big Energy's year of privileged access to Europe's climate commissioners, o. O. [2015].

„Für sauberen Stahl – weltweit“, in: IGM-Stahlbüro, Stahlnachrichten, Düsseldorf 25.1.2016

Robert-Koch-Institut, Klimawandel und Gesundheit. Ein Sachstandsbericht, Berlin 2010

Öko-Institut, Die Zusatzgewinne ausgewählter Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel, Berlin/Freiburg 2014

4.2 Links:

<http://ec.europa.eu/environment/ets/napInstallationInformation.do?napId=801&commitmentPeriodCode=0&commitmentPeriodDesc=Phase+1+2005-2007®istryName=Germany&languageCode=e>

<http://www.worldsteel.org/>

5.1 Impressum:

Diese Broschüre wurde Ende 2015 /Anfang 2016 erstellt von einem AutorInnenkollektiv der:



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet
www.riruhr.de
info@riruhr.de
V.i.S.d.P.: Peter Berens,
Holtkampstr. 9, 46145 Oberhausen

Gliederung:

- 1. Den Stop der Erderwärmung dürfen wir nicht ihren Verursachern überlassen**
 - 1.1 Flucht durch Klimawandel
 - 1.2 Emissionshandel rettet nicht das Weltklima
 - 1.3 „Freie“ Marktwirtschaft produziert Klimakiller CO₂

- 2. Stahlindustrie profitiert vom Emissionshandel**
 - 2.1 Wie die Stahlindustrie Scheiße in Geld verwandelte
 - 2.2 Wurden die 763 Mio.- Euro-Zusatzgewinne zur Reduzierung von CO₂ investiert?
 - 2.3 Der doppelte Betrug von ThyssenKrupp Steel
 - 2.4 EU-Bürokratie gegen Stahlindustrie?
 - 2.5 Stahlindustrielle und IG Metall gegen die *gelbe Gefahr*
 - 2.6 Wie hat sich die Weltstahlproduktion entwickelt?
 - 2.7 Wie die Stahlindustrie beim Strompreis absahnt

- 3. Für eine sinnvolle und umweltfreundliche Produktion**
 - 3.1 Vergesellschaftung der Stahlindustrie!
 - 3.2 Klassenkampf statt Lobbypolitik

- 4.1 Anhang**
 - 4.1 Quellen
 - 4.2 Links

- 5.1 Impressum**

Die Statistiken der EU über die CO₂-Emissionen und die Analyse des Ökoinstituts Freiburg/Berlin über die Zusatzgewinne der Stahlindustrie sind im Internet zugänglich. Die IG Metall und die Betriebsratsgremien sind personell und finanziell gut genug ausgestattet, um sich über den Emissionshandel eigenständig und von allen Seiten zu informieren. Wer darauf verzichtet, um die „Argumente“ der Stahlindustriellen nachzubeten, macht das bewusst.

Wo das hinführt, zeigt das Beispiel Thyssenkrupp Steel. Den (Fehl-) Investitionen in Amerika stimmten die IGM-Betriebsräte und IGM-Funktionäre im Aufsichtsrat kritiklos zu. Schon damals war klar, dass der Stahlboom bald wieder abbricht. Es kam 2008 die Weltwirtschaftskrise. Den folgenden Lohn- und Gehaltskürzungen über das Sparprogramm bic reloaded stimmten IGM-Bürokratie und sozialpartnerschaftliche Betriebsräte ebenfalls zu – kämpferische Betriebsräte stimmten dagegen. Heute redet der Thyssenkrupp-Vorstand von Ausgliederung des Stahlbereichs aus dem Konzern. Die Pläne dafür liegen in der Schublade, doch Betriebsratsmehrheit und IG Metall tun nichts. Statt gegen die Fusion wird gegen die EU mobilisiert, um für die Stahlindustriellen Lobbypolitik zu betreiben. Für TK-Chef Hiesinger soll das Geschrei um den Emissionshandel von den Fusionsplänen ablenken.

Aber warum gehen wir nicht gegen eine mögliche Fusion auf die Barrikaden?

Warum nicht gegen die Lohnsenkungen durch bic reloaded?

Warum nicht gegen 13 Mrd. Euro Fehlinvestitionen?

Warum suchen IG Metall und Umweltbewegung nicht gemeinsam nach Möglichkeiten zur Reduzierung von CO₂?

Wir brauchen eine klassenkämpferische Opposition in Belegschaft, Betriebsräten und Vertrauenskörpern, die sich zuerst einmal die nötigen Informationen holt und Aufklärung über die Klasseninteressen der Stahlindustriellen betreibt. Unsere Broschüre verstehen wir als einen Beitrag und eine Anregung dazu.

3.2 Klassenkampf statt Lobbypolitik

Doch bekanntlich gibt es noch eine andere als die revolutionäre Tradition in der ArbeiterInnenbewegung. Auch im Ruhrgebiet versuchen sozialpartnerschaftliche Betriebsräte und Gewerkschaftsbürokratie, ArbeiterInnen und Angestellte für Kapitalinteressen einzuspinnen. Früher hieß das Klassenzusammenarbeit. Heute heißt das Co-Management, Sozialpartnerschaft und Standortpolitik. 1977 war es die Mobilisierung von IG Chemie, IG Bergbau und IG Metall für Atomkraft in das Stadion Rote Erde in Dortmund; in den 1980er Jahren war es die Mobilisierung der Gewerkschaftsbürokratie für Kohlekraftwerke. Heute wollen uns die Stahlindustriellen erneut für ihre Interessen einspannen.



1. Den Stop der Erderwärmung dürfen wir nicht ihren Verursachern überlassen

Der Nordpol schmilzt. Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) sind Klimakiller und verursachen mehr als die halbe Erderwärmung. Diese ist durch die kapitalistische Wirtschaftsweise außer Kontrolle geraten. Die Auswirkungen sind vielfältig. Selbst Fluchtbewegungen stehen mit der Produktion von CO₂ im Zusammenhang.

Im Jahrzehnt steigt die Erderwärmung um 0,2 Grad. Der Weltklimarat hält einen Anstieg von höchstens 2 Grad für verkraftbar. Es häufen sich Extremniederschläge und Unwetter. Weil der Wasserspiegel steigt, wollen Inselstaaten die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen, sonst heißt es: „Land unter“. Um die 2 Grad-Grenze einzuhalten, ist es lt. Umweltbundesamt „erforderlich, dass die globalen Emissionen noch höchstens etwa bis zum Zeitraum 2015 bis 2020 steigen dürfen, um dann bis 2050 auf unter die Hälfte des Niveaus von 1990 zu sinken“¹. Das bedeutet: Weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien.

1.1 Flucht durch Klimawandel

Die Auswirkungen der Klimazerstörung sind vielfältig. Selbst Fluchtbewegungen gehören dazu. Verändertes Wetter und Witterung bedrängen die Gesundheit der Menschen. Im Mittelmeerraum führt das in den nächsten Jahrzehnten zu „Hitzerekorde(n), Trockenheit, Wasserknappheit, landwirtschaftliche Produktionsausfälle(n), bis hin zur Wüstenbildung“². Zu den Fluchtursachen Krieg, Diktatur, Unterernährung usw. kommt der Klimawandel hinzu. Dem CO₂-Ausstoß könnte durch Solarenergie und Wasserkraft einfach entgegengewirkt werden.

1. Homepage Umwelt Bundesamt, Globale Klimaänderungen bis 2100, Berlin 25.7.2013.
2. Robert-Koch-Institut, Klimawandel und Gesundheit. Ein Sachstandsbericht, Berlin 2010, S. 82.

1.2 Emissionshandel rettet nicht das Weltklima

Um die jährlich weltweit produzierten ca. 34 Mrd. Tonnen CO₂ zu reduzieren, soll der EU-Emissionshandel helfen. Er ist eine Erfindung neoliberaler Unternehmensberater, die dem Kapital neue Märkte und Profite erschließen wollten. Der Emissionshandel will einen wirtschaftlichen Anreiz bieten, um den Ausstoß von CO₂ einzuschränken. Doch das funktioniert nicht. Die Praxis von einem Jahrzehnt Emissionshandel hat in der BRD nur zu einer Verminderung der CO₂-Werte um 3,9 Prozent geführt. Die Preise für die Emissionshandelszertifikate waren während des Wirtschaftsaufschwungs bis 2007 stark gestiegen. In der Weltwirtschaftskrise verfielen sie. 2012 gab es 1,8 Milliarden Zertifikate zu viel auf dem Markt. Die Preise für eine EU-Emissionsberechtigung (EUA) schwankten zwischen 22,10 € (2005) und 4,70 € (2013), für ein sog. CDM-Zertifikat (CER) zwischen 17,80 € (2008) und 0,40 € (Jahr 2013). Jetzt will die EU-Kommission die Zertifikate verknappen. Wenn sie nicht teurer werden, gibt es keinen wirtschaftlichen Anreiz, den CO₂-Ausstoß zu senken.

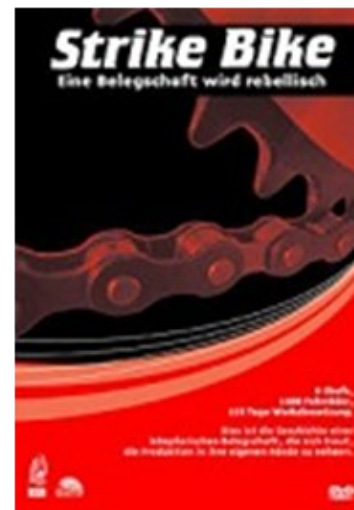
Damit gesteht die EU ein: Bisher hat der Emissionshandel sein Ziel verfehlt. Der reale Rückgang des CO₂-Ausstoßes in der EU seit 2007 beruhte nicht auf dem Emissionshandel, sondern auf der Weltwirtschaftskrise 2008 und der damit verbundenen Einschränkung der Produktion. Wir meinen: Umweltschutz darf nicht vom Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft abhängen.

1.3 „Freie“ Marktwirtschaft produziert Klimakiller CO₂

Es ist die kapitalistische „freie Marktwirtschaft“, die zu immer mehr Produktion von CO₂ führt. Der deutlichste Beweis ist China, das immer mehr zum Klimaschädling wurde, nachdem es sich von einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweise in die Werkbank der kapitalistischen Weltwirtschaft verwandelte. Wer sich wie die IG Metall auf den Boden der „freien Marktwirtschaft“³ stellt, kann die Klimazerstörung nicht stoppen (siehe Kapitel „Stahlindustrielle und IG Metall gegen die ‚gelbe Gefahr‘“).

Natürlich will jeder Kapitalist so geringe Umweltauflagen wie möglich, während sein Konkurrent möglichst hohe Auflagen erfüllen soll. Umgekehrt beklagen sich die europäischen Stahlindustriellen über die niedrigen Umweltstandards in China, die mit hohen staatlichen Subventionen verbunden seien. Doch über die eigenen Subventionen, die

3. „Für sauberen Stahl – weltweit“, in: IGM-Stahlbüro, Stahlnachrichten, Düsseldorf 25.1.2016, S. 1.



Eine Belegschaft wird rebellisch

Als 2007 die Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen geschlossen werden sollte, besetzten die ArbeiterInnen die Fabrik. Sie produzierten das Fahrrad „strike bike“ in eigener Regie. Einzelne Fahrräder wurden bis nach Übersee geliefert. Die ArbeiterInnen zeigten, wie ohne Bosse und Chefs produziert werden kann. Tägliche Betriebsversammlungen zur demokratischen Beschlussfassung; Entscheidung über Arbeitsabläufe, Bestimmung der Bandgeschwindigkeit, der Pausen und des einheitlichen Lohnes

und die Abschaffung der Hierarchie der Vorgesetzten weisen auf die Möglichkeit der ArbeiterInnenselbstverwaltung jenseits des Kapitalismus hin.

„Giù le mani!“ („Hände weg!“)

Von Danilo Catti

Am 7. März 2008 verkündete die Direktion der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) die Privatisierung der Güterwagen- und die Schließung der Lokomotivwerkstätten. 430 Arbeiter von SBB Cargo in Bellinzona traten in den



Streik. Eine ganze Region protestierte. Der Kampf dauerte 30 Tage. Am 5. April sah sich SBB Cargo gezwungen, den Restrukturierungsplan zurückzuziehen und den Erhalt der Betriebswerke bis 2012 zu garantieren. Der Filmtitel GIÙ LE MANI greift den Slogan der Streikenden auf. Der Film zeigt die Tragweite des Kampfes, der die Verteidigung von Arbeitsplätzen sehr bald überschreitet und die Frage nach dem Individuum in einer immer globaleren Wirtschaft stellt.

Schweizer Filmpreis 2009/Spezialpreis der Jury, Quelle artfilm.ch

Auf wen trifft der Paragraph zu, wenn nicht auf die Stahlindustrie? Nur leider spielt er im Alltag der IG Metall keine Rolle. Nicht nur nach dem 1. und 2. Weltkrieg, sondern noch nach dem Stahlarbeiterstreik 1978/79 traten die Vertrauensleutekörper von Mannesmann, Thyssen und Krupp in Resolutionen für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie ein. Jeder Versuch der IGM-Bürokratie und der Betriebsräte den § 2, Absatz 4 der Satzung zu kippen, scheiterte bisher. Es ist kein Zufall, dass ein ähnlicher Absatz in der Landesverfassung NRW steht. Bis heute heißt es in Artikel 27: „(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten“. Auch dieser Paragraph ist ein schwaches Abbild der Kämpfe, die die ArbeiterInnenbewegung vor 1950 für die Vergesellschaftung des Bergbaus und der Stahlindustrie führte.



sie von der EU über den Emissionshandel eingestrichen hat, schweigt die Stahlindustrie.

Die Kritik an der Umweltzerstörung und die Umweltauflagen der EU verdanken wir nicht einem Einsehen der Regierungen, des Kapitals oder gar der europäischen Stahlindustrie, sondern der weltweiten Umweltbewegung. Nur sie ist in der Lage, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und den Klimakiller CO₂ zu stoppen – in der EU, in China und weltweit!



2. Stahlindustrie profitiert vom Emissionshandel

Wie das Ökoinstitut Freiburg-Berlin in einer Studie aufgezeigt hat, machte die deutsche Stahlindustrie im Emissionshandel zwischen 2005 - 2012 außerordentliche Gewinne von 763 Mio. Euro⁴.

Zusatz-Gewinne aus dem Emissionshandel 2005-2012 ⁵	
Thyssenkrupp	335,0 Mio. Euro
ArcelorMittal	246,8 Mio. Euro
Salzgitter	181,5 Mio. Euro.

2.1 Wie die Stahlindustrie Scheiße in Geld verwandelte

In Deutschland erfasst der Emissionshandel ca. 460 Mio. t CO₂ jährlich. Davon entfallen durchschnittlich rd. 55 Mio. t CO₂ (12 %) auf die Eisen- und Stahlindustrie. Ihre sog. „Verifizierten Emissionen“ betragen 2005 - 2012 ca. 248,2 Mio. t CO₂. Im gleichen Zeitraum wurden der deutschen Stahlindustrie von der EU 406,1 Millionen Emissionsberechtigungen (EUA) kostenlos zugeteilt. Diese waren umgerechnet 5,32 Milliarden Euro wert.

Kostenlose Zuteilung von CO ₂ -Zertifikaten 2005 - 2012 ⁶	
Thyssenkrupp	2,540 Mrd. Euro
Salzgitter	1,195 Mrd. Euro
ArcelorMittal	1,152 Mrd. Euro.

4. Öko-Institut, Die Zusatzgewinne ausgewählter Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel, Berlin/Freiburg 2014, S. 23 (im Folgenden zitiert: Öko-Institut, Zusatzgewinne, Seite).

5. Ebenda (Ebd.), S. 23.

6. Ebenda (Ebd.), S. 22.

Basisdemokratie statt Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten
Bei der Selbstverwaltung wählen alle Lohnabhängige ihre Vertreter in einen Rat, der das Unternehmen leitet. Diese Vertreter sind rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar. Ihre Einkommen sind strikt begrenzt. Entscheidungen mit anderen Konzernen und Betrieben werden auf Betriebsversammlungen basisdemokratisch abgestimmt. Die Gewerkschaften verwalten den Betrieb nicht mit, sondern vertreten autonom die Rechte der ArbeiterInnen und Angestellten. Weniger wichtige Entscheidungen werden in der Abteilungsversammlung oder in der Gruppe diskutiert und abgestimmt. Und sage uns bitte keiner, auf Belegschaftsversammlungen könne man nicht über Investitionen diskutieren und entscheiden. Solche Fehlinvestitionen wie über 13 Mrd. Euro in Amerika trauen wir dem geballten Wissen einer Belegschaft nicht zu. Und kaum jemand ist so blöd, um nicht die Fachkompetenz seiner KollegInnen anzuerkennen.

Was wir ablehnen, ist eine reine Verstaatlichung, wie sie jetzt von der Regierung in Italien vorgeschlagen wird. Die würde rein gar nichts ändern. Statt des abgehobenen, diktatorischen Managements, das allein das Direktionsrecht ausübt, würden dessen Aufgaben überbezahlte Berufsbetriebsräte, IGM-Aufsichtsräte (oder z. B. in Italien Regierungsbeamte) übernehmen. Die Schicht von Aufsteigern aus der ArbeiterInnenklasse ist nicht weniger abgehoben als das Management und hat ihre eigene „soziale Frage“ längst gelöst.

Enteignung der Banken und Eigentümer, Nationalisierung des Bodens und der Produktionsmittel, bei gleichzeitiger basisdemokratischer Selbstverwaltung durch die Beschäftigten – das ist unsere gesellschaftliche Perspektive, die nicht in den Kapitalismus integrierbar ist.

Eigentlich müsste unsere Position für jedes Mitglied der IG Metall selbstverständlich sein. Denn laut § 2, Absatz 4 der IGM-Satzung ist jedes Gewerkschaftsmitglied auch auf folgende „Aufgaben und Ziele“ verpflichtet: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“.

Die bremsende Hierarchie der Vorgesetzten lebt selbst in ständiger Angst vor ihren Vorgesetzten. Lange dachten viele, allein eine Handvoll Manager bestimmen über den Thyssenkrupp-Konzern. Tatsächlich traf bis zu seinem Tod Berthold Beitz persönlich alle wichtigen Entscheidungen. Vorstandsmitglieder lebten in Furcht, ihm offen die Meinung zu sagen. Direktionsrecht ist Diktatur, ob es sich um einen oder mehrere Diktatoren handelt. Undemokratische, fremdbestimmte Strukturen lehnen wir überall ab –im Betrieb, an der Uni und in der Kaserne. Wir sind für Basisdemokratie.

Das Beispiel Rojava

Auf der Welt gab und gibt es Beispiele für Basisdemokratie und Selbstverwaltung. Eines liegt in Chiapas/Mexiko; ein frisches findet sich in Kurdistan als „demokratischer Konföderalismus“. Mitten im Bürgerkrieg ist in Rojava/Nordsyrien ein System der demokratischen Selbstverwaltung entstanden. In allen Strukturen sind Frauen mit 40 Prozent quotiert. Religionsgemeinschaften und Nationalitäten sind gleichberechtigt. Brot und Benzin sind subventioniert. Entgegen der Zersplitterung Arabiens durch die Großmächte und den Bestrebungen des IS mit Terror einen Kalifatsstaat einzurichten, ist es das einzige demokratische und fortschrittliche Programm für den Nahen Osten. Wir halten die Selbstverwaltung in Rojava nicht für so weit von uns entfernt, als dass wir nicht auch in der BRD davon lernen könnten.

Als die Stahlarbeiter bei Krupp Rheinhausen selbst bestimmten

Als 1987/1988 Krupp in Rheinhausen geschlossen werden sollte, haben die ArbeiterInnen und Angestellten ein halbes Jahr lang die Tore besetzt. Die Belegschaft hat in dieser Zeit die Anlagen bewacht, selbst über die Produktion im Stahlwerk bestimmt und alle Zugänge kontrolliert. Ohne einen Passierschein, der vom Betriebsrat unterzeichnet wurde, kam kein LKW rein oder raus. Entscheidungen wurden demokratisch auf Vollversammlungen getroffen. Wir halten diesen Kampf nicht nur für beispielhaft, weil die Stahlarbeiter gegen Entlassung gekämpft haben. Wir halten Krupp Rheinhausen für vorbildlich, weil dort ansatzweise Basisdemokratie, Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle in die Praxis umgesetzt wurden.

Da die kostenlose Zuteilung über den nachgewiesenen Emissionen lag, konnte die Stahlindustrie zwischen 2005 - 2012 Zertifikate von 763 Mio. € weiter verkaufen, die sie von der EU geschenkt bekommen hatte. Über ihre Extra-Profite schweigen die Stahlindustriellen.

2.2 Wurden die 763 Mio.- Euro-Zusatzgewinne zur Reduzierung von CO₂ investiert?

Eine entscheidende Frage ist: Was haben die Stahlindustriellen mit der 763 Mio. Euro Extra-Profit aus dem Emissionshandel gemacht? Haben sie das Geld in die Modernisierung der Anlagen zur Reduzierung von CO₂ gesteckt?

Verifizierte CO ₂ -Emissionen ⁷			
	Hüttenwerk TKS	Kokerei Schwelgern	HKM
2005	7741698 t	1709014 t	4566405 t
2014	7952211 t	2070677 t	4666233 t

Wenn die Stahlindustrie die 763 Mio.-Euro-Zusatzgewinne aus dem Emissionshandel 2005 - 2012 in die Anlagen und in die Forschung zur Senkung der CO₂-Emissionen investiert hätte, wie kann dann 2014 der CO₂-Ausstoß im Stahlwerk Hamborn-Beeckerwerth, bei HKM (einschließlich der zuzuordnenden Kraftwerke) oder im Kraftwerk Schwelgern höher sein als 2005? Daraus schließen wir: Der Großteil der 763 Mio. € -Zusatzgewinne ist zur Auffrischung der Bilanzen verwendet worden und oder direkt in die Taschen der Aktionäre geflossen.

Wer kennt nicht die Sprüche gegen die BezieherInnen von ALG II: „Die kriegen Geld und müssen nichts dafür tun“? Oft sprechen auch KollegInnen so, obwohl sie selbst Familienangehörige oder Verwandte haben, die von Hartz IV betroffen sind. Die wirklichen Verschwender der Gesellschaft sind die Kapitalisten, die hohe Subventionen z. B. über den Emissionshandel bekommen und nichts für die Umwelt tun.

7. <http://ec.europa.eu/environment/ets/napInstallationInformation.do?napId=801&commitmentPeriodCode=0&commitmentPeriodDesc=Phase+1+2005-2007®istryName=Germany&languageCode=e>

2.3 Der doppelte Betrug von ThyssenKrupp Steel

Im ungefähr gleichen Zeitraum hat der Vorstand des Konzerns zwischen 2005 - 2012 rd. 13 Mrd. Euro in Nord- und Südamerika fehlinvestiert. Daraufhin kürzte TK die Löhne und Gehälter. KollegInnen im Stahlwerk haben jährlich bis zu 3500 Euro weniger in der Lohntüte. Im gleichen Zeitraum bekam Thyssenkrupp 335 Mio. Euro im Emissionshandel von der EU geschenkt. Das Geld wurde weder für die CO₂-Reduzierung in die Anlagen und die Forschung investiert – noch zur Sicherung der Löhne und Gehälter umgeleitet. Arbeiter und Angestellte wurden doppelt betrogen: direkt mit Lohnkürzungen für Fehlinvestitionen, die allein Vorstand und Aktionäre zu verantworten hatten; indirekt mit Nicht-Investitionen für Umweltschutz, was auf uns, unsere Familien und unsere Enkelkinder zurückfällt.

2.4 EU-Bürokratie gegen Stahlindustrie?

Bis 2020 bekommt die deutsche Industrie 95 % ihrer CO₂-Emissionen von der EU durch kostenlose Zuteilung geschenkt. Nur für 5 % muss sie Zertifikate zukaufen, wenn man die bisherigen Überschüsse berücksichtigt. Die Stahlindustrie erzielt demnach bis 2020 zusätzliche Gewinne.

Kostenlose Zuteilung bis 2020 für CO ₂ -Emissionen ⁸	
ThyssenKrupp	106%
ArcelorMittal	102 %

Die Stahlindustriellen möchten natürlich auch nach 2020 auf das 763 Mio.-Euro-Zusatzgeschäft aus dem Emissionshandel nicht verzichten. Deshalb sollen wir für die Aktionäre auf die Straße gehen.

Subventionsgeschenke der EU-Kommission wie die 763 Mio.-Euro-Zusatzgewinne für die dt. Stahlindustriellen sind kein Zufall. Die beiden für die Klimapolitik zuständigen EU-Kommissare und ihre Stäbe pflegen 80 Prozent aller Kontakte zur Industrie, nur 20 Prozent zu öffentlichen Stellen und Nicht-Regierungsorganisationen⁹.

⁸. Öko-Institut, Zusatzgewinne, S. 26.

⁹. Corporate Europe Observatory/Capturing Cop 21, Cooking the planet. Big Energy's year of privileged access to Europe's climate commissioners, o. O. [2015].

3.1 Vergesellschaftung und Arbeiterselbstverwaltung

Was produziert wird, ist im Kapitalismus Privatsache. Ob Thyssenkrupp Stahl-Hersteller bleibt, U-Boote baut oder 335 Mio. € zur CO₂-Senkung investiert, entscheiden weder die Lohnabhängigen, noch die ganze Gesellschaft, sondern eine Handvoll Manager und Kapitaleigner. Der erste Schritt, um Arbeit und Umwelt unter einen Hut zu bringen, ist nicht die Mitbestimmung, sondern die Aufhebung des diktatorischen Direktionsrechts!

Aber auch die Entscheidung, ob ein Unternehmen wie Opel in Bochum geschlossen oder Thyssenkrupp mit einem anderen Stahlunternehmen fusioniert wird, dürfen wir nicht den Kapitaleignern und ihren Managern überlassen. Ob man das nun Enteignung, Verstaatlichung, Sozialisierung, Gemeineigentum, Selbstverwaltung, Vergesellschaftung, Staatseigentum, demokratischen Konföderalismus oder Nationalisierung nennt – ist Nebensache. Es kommt uns auf die Inhalte an:

Arbeiterselbstverwaltung - die ArbeiterInnen und Angestellten bestimmen über ihre eigene Tätigkeit

Von der Putzfrau bis zur Chefsekretärin, vom Stahlarbeiter bis zum Verfahreningenieur arbeiten bei einem Konzern wie Thyssenkrupp Tag für Tag 155.000 Beschäftigte Hand in Hand. Die Aktivitäten des Konzerns werden auf Jahre hinaus geplant. Nur durch die Lohnarbeit der ArbeiterInnen und Angestellten entsteht Kapital. Deshalb reden die Manager so viel von Teamarbeit. Die 155.000 ArbeiterInnen und Angestellten bei Thyssenkrupp könnten sehr wohl den ganzen Laden schmeißen – sie tun es jeden Tag. Dagegen sind die Hiesinger, Kerkhoff, Kaufmann und Burkhard und wie die Vorstände früher alle hießen völlig überflüssige Abkassierer.

Wir sind dafür, dass die 155.000 Beschäftigten nicht nur zusammen arbeiten, sondern auch gemeinsam über alle Belange bei Thyssenkrupp entscheiden. Die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und Angestellten soll sich auf die ganze Gesellschaft einschließlich der Wirtschaft erstrecken.

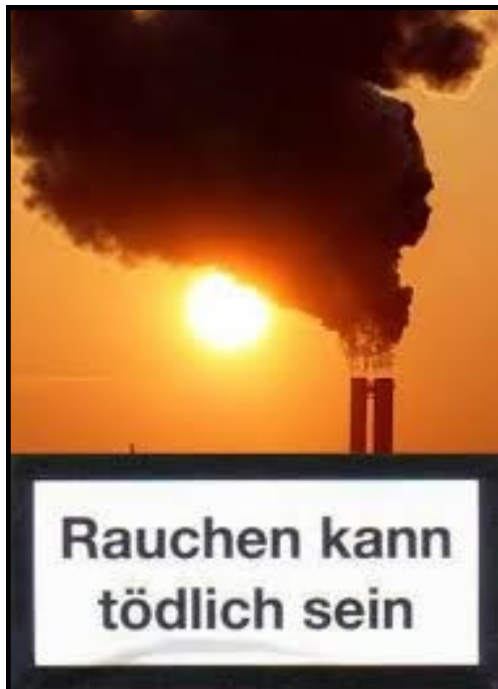
Basisdemokratie statt Diktatur

Die vielgepriesene Teamarbeit hört dort auf, wo das Direktionsrecht des Vorstands anfängt. Das Team bekommt von oben gesagt, was im Team erarbeitet werden soll.

3.0 Für eine sinnvolle und umweltfreundliche Produktion

Den Stahlindustriellen geht es um Profite, nicht um das Klima der Erde oder das Überleben der Menschheit. Wir hingegen brauchen eine sinnvolle, umweltfreundliche Produktion. Stahl für Panzer, Korvetten und U-Boote brauchen wir todsicher nicht.

Auch der Autoverkehr ist zu hinterfragen. Die just-in-time-Produktion erfordert mehr Transport mit LKWs. Familien mit drei, vier PKW sind keine Seltenheit mehr. Eine soziale, umweltfreundliche Produktion verzichtet auf Arbeitshetze und just-in time. Die Menschen eignen sich die Zeit neu an. Ein großzügig ausgebauter und kostenloser öffentlicher Nahverkehr wird viele freiwillig auf ihr Auto verzichten lassen. Dann wird mehr Stahl für Busse, Eisen- und Straßenbahnen benötigt.



Dass ausgerechnet die industriefreundlichen Oberbürokraten der EU härtere Maßnahmen gegen die Stahlindustrie durchsetzen wollen, ist ein Märchen.

2.5 Stahlindustrielle und IG Metall gegen die gelbe Gefahr

In einem Flugblatt schreibt die IG Metall: „der Stahl aus China (...) ist billig, weil der Staat die Produktion subventioniert. Jetzt überschwemmt billiger China-Stahl den Rest der Welt“. Die IGM kommt zu dem Schluss: „Stahl zu Dumping-Preisen verzerrt den Wettbewerb. Das bedroht die freie Marktwirtschaft. Davor muss die EU ihre Stahlindustrie schützen, sie muss für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen“. Die IG Metall fordert: „Die 10 Prozent effizientesten Anlagen müssen kostenfreie Zertifikate erhalten“¹⁰.

Uns stört nicht nur der rassistische Unterton in der Kampagne der Stahlindustrie, der stark an Kaiser Wilhelms II „gelbe Gefahr“ erinnert, mit der der europäische Kolonialismus vor über hundert Jahren gegen China zu Felde zog. Offensichtlich stehen die Organisatoren der Kampagne auch mit der Logik auf Kriegsfuß. Was wäre das anderes als „verzerrter Wettbewerb“, wenn die „effizientesten Anlagen“ „kostenfreie Zertifikate“ erhalten würden? Handelte es sich bei den 763 Mio.-Euro Zusatzgewinnen der deutschen Stahlindustrie durch die kostenlosen Zuteilung der EU zwischen 2005-2012 nicht ebenfalls um „Wettbewerbsverzerrung“? Was haben „kostenfreie Zertifikate“ der „effizientesten Anlagen“ mit einer „freien Marktwirtschaft“ zu tun? Und haben wir nicht früher auf den IGM-Seminaren in Sprockhövel gelernt, dass es im Zeitalter der Monopole, Großkonzerne und Trusts keine „freie Marktwirtschaft“ gibt und geben kann?

Wir finden den ständig steigenden Ausstoß der weltweiten CO₂-Emissionen für das Überleben der Menschheit äußerst bedrohlich. Wir wollen jedoch an dieser Stelle festhalten, dass 2013 zum ersten Mal die Emissionen Chinas mit 9,977 Mrd. CO₂ die Emissionen der westlichen Großmächte USA/Kanada mit 5,736 Mrd. t CO₂ und die der EU mit 3,35 Mrd. t CO₂ (zusammen 9,086 Mrd. t CO₂) übertroffen haben. Mit anderen Worten: An erster Stelle ist für den Treibhauseffekt der Imperialismus verantwortlich.

10. „Für sauberen Stahl – weltweit“, in: IGM-Stahlbüro, Stahlnachrichten, Düsseldorf 25.1.2016, S. 1.

2.6 Wie hat sich die Weltstahlproduktion entwickelt?

1980 war China ein nicht-kapitalistisches, unterentwickeltes Land. Mit der Einführung der kapitalistischen „freien Marktwirtschaft“ produzierte China jedes Jahr mehr Stahl als im Jahr zuvor – auch während der Weltwirtschaftskrise 2007/2008. 2003 überholte China erstmals die EU-Länder als größter Stahlproduzent. 2014 produzierte China fast die Hälfte des Weltstahls.

Roheisenproduktion (in Tausend Tonnen) ¹¹					
	Weltweit	EU	China	USA/Kanada	Russland (UdSSR)
1980	716401	208027	37121	124804	147941
2007	1348108	210260	489712	132618	124865
2009	1238755	139436	577070	83772	98383
2014	1670145	169301	822698	121159	106079

Schon immer hat im Kapitalismus der größte Anbieter die Preise monopolisiert. 150 Jahre lang war das die Stahlindustrie Europas und der USA. Wer sich im 21. Jahrhundert über „Dumpingpreise“ beschwert, kommt gut 150 Jahre zu spät. Aber heute ist China nicht nur der größte Konkurrent der EU, sondern gleichzeitig einer der größten europäischen Absatzmärkte – besonders der deutschen Industrie. Nicht durch die „Dumpingpreise“ haben sich die Strukturen auf dem Weltstahlmarkt verschoben, sondern durch die Einführung der kapitalistischen „freien Marktwirtschaft“ in China.

Leider läuft die Politik der IG Metallbürokratie und sozialpartnerschaftlicher Betriebsräte darauf hinaus, sich für weitere Subventionsgeschenke der EU an die Stahlindustriellen auf Kosten der SteuerzahlerInnen einzusetzen. Das ist nicht unterstützenswert. Andererseits wird von der Regierung Italiens über die Verstaatlichung von Stahlunternehmen nachgedacht.

11. Daten bei <http://www.worldsteel.org/>

2.7 Wie die Stahlindustrie beim Strompreis absahnt

Der bisherige Emissionshandel ist nicht das einzige Geschenk an die Stahlindustriellen im Rahmen der Energiewende. Das zeigt ein Blick auf die Begünstigungen, die im Rahmen des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes der Großindustrie / Stahlindustrie eingeräumt werden.

Bis auf den symbolischen Betrag von 0,05 Cent pro verbrauchte Kilowattstunde stiehlt sich die Stahlindustrie aus der Finanzierung der Energiewende. Ein Arbeiter oder eine Angestellte zahlen 6,32 Cent für jede verbrauchte Kilowattstunde. Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung beziffern die eingesparten Kosten für die Stahlindustrie auf rund 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2014. Gleichzeitig profitieren die Stromgroßverbraucher wie die Stahlindustrie vom deutlichen Rückgang der Strom-Großhandelspreise (Strombörse in Leipzig), wenn sie Strom dazukaufen müssen. Der meiste Strom wird jedoch in eigenen Kraftwerken erzeugt, was steuerbefreit ist.

Zwar erklärte der Stahlgipfel vom 12.09.2015: „Die Kosten der Energiewende müssen gerecht verteilt werden und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben“. Doch wer von ALG II betroffen ist, wird nicht so bevorzugt behandelt wie die Stahlindustriellen. 2012 wurden nach Angaben der Bundesnetzagentur 312.000 Stromanschlüsse in Deutschland gesperrt¹². Davon betroffen waren überwiegend BezieherInnen von Hartz IV. Die Anzahl der Sperrandrohungen lag bei sechs Millionen.



12. dpa-AFX, dpa, t-online.de, Stromsperrung entwickelt sich zum Massenphänomen, o. O. 21.12.2012.